

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Mai 1992

Gegen die Offensive von westdeutschem Staat und Kapital unter der Deutschland-Fahne:

Klassenkampf!

Die Arbeiterklasse hat ihr eigenes, erprobtes Banner, die rote Fahne des Klassenkampfes. Diese mit aller Macht zu ergreifen, dazu gibt es mehr als einen gewichtigen Grund, trotz und gerade wegen der mit Übermacht verbreiteten Lüge vom "Scheitern des Sozialismus". Denn es ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Demagogie, die Arbeiterklasse überhaupt einzuschüchtern, sie vom notwendigen Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

Gegen die Verschlechterung der Lebenslage

Der beständige Versuch der Kapitalisten, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktaatigen zu erhöhen, erhält durch ihre Erfolge bei der Einverleibung der DDR zusätzliche Munition. Dies zeigt die Entwicklung der Lage der Werktaatigen in Westberlin in den letzten drei Jahren. Obwohl es für das Kapital "booms" und die Kapitalisten insbesondere aus dem "DDR-Geschäft" Rekordgewinne schaffen, verschlechtert sich die Lage der Werktaatigen in Westberlin zusehends.

Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter an. Nach den offiziellen Zahlen sind heute bereits über 100 000 Werktaatige ohne Lohnarbeit, in Wirklichkeit sind es noch mehr. Aber auch diejenigen, die in der Lage sind, ihre Arbeitskraft täglich zu verkaufen, sehen sich einem zunehmenden Druck auf ihre Lebenslage ausgesetzt. Noch versuchen viele, individuell so über die Runden zu kommen, aber auf Dauer kann dies kein Rezept sein. Die Kürzung und der abschbare Wegfall der "Berlin-Zulage", hinzu kommt der sog. "Solidar-Zuschlag", reißen neben den rasant steigenden Mieten und der zunehmenden Inflation bereits erhebliche Löcher. Dies wäre noch nicht das Schlimmste, wenn diese durch Tarifkämpfe wieder gestopft würden. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Die Kapitalisten versuchen ganz deutlich, mit lächerlichen "Angeboten" um die 4 Prozent, unter Ausnutzung der "Konkurrenz" mit den Arbeitskräften aus dem Umland, der Ex-DDR, die Lage für sich zu nutzen. Und solange sich keine entschiedenen Lohnkämpfe entwickeln, solange die Gewerkschaftsführung sich letzten Endes doch immer bereit erklärt, Lohnraubabschlüssen zuzustimmen, wird sich die Lebenslage der Arbeiterinnen und Arbeiter Westberlins weiter verschlechtern. Es sei

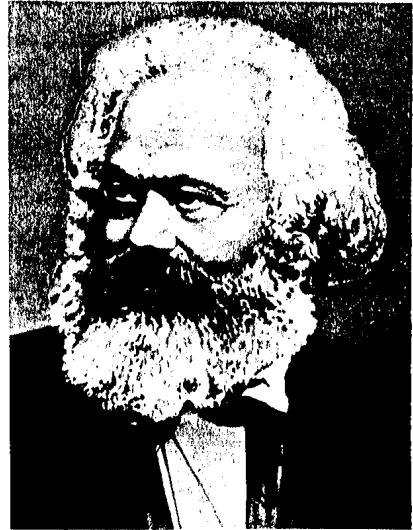
denn, sie nehmen die Sache selbst in die Hand und kümmern sich entschieden um ihre eigenen Angelegenheiten.

Angesichts des Drucks auf die nicht-deutschen Werktaatigen, deren Arbeitslosigkeit sich verdreifacht hat, angesichts des Anwachsns des deutschen Chauvinismus gegen ausländische Werktaatige, tägliche rassistische Überfälle bis hin zu Mord, wie der an Meti Eksi, muß bewußt werden, daß die eigenen Angelegenheiten nicht die "deutschen" sind, sondern die des gemeinsamen Kampfes im Betrieb, im Wohnviertel und auf der Straße.

Die Herrschenden haben nie ihre Lügen geglaubt, daß es "niemandem schlechter gehen werde" als vor der Eroberung der maroden revisionistisch-kapitalistischen DDR-Wirtschaft durch das mächtige westdeutsche Kapital. Noch wissen die Kapitalisten und ihr Staat leider noch besser als viele Werktaatige, daß es so, wie es ist, nicht bleibt.

Gerade wird in Westberlin ein neues Polizeigesetz verabschiedet, daß es dem Staat des westdeutschen Imperialismus und seinem Spitzelapparat nun auch offiziell erlaubt, bereits "bei Verdacht" und nicht erst bei "Gefahr im Verzug" mit allen dementsprechenden Geheimdienstmitteln tätig zu werden. Es braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, daß eine solcherart perfektionierte staatliche Kontrolle auch gegen eine sich radikalisierende Bewegung der deutschen und ausländischen Werktaatigen gerichtet ist.

Gemessen an der Offensive von Kapital und Staatsapparat, ist der Widerstand noch zu gering und unentwickelt, um den Gang der Ereignisse nachhaltig zu stören. Er muß aber durcheinander gebracht werden, die resignative Stimmung, "man könne sowieso nichts machen", muß überwunden werden, denn der von den westdeutschen Imperialisten durchgeführte Raubzug wird um so schlimmer und frecher ausfallen, je weniger sie auf Widerstand treffen.



"Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ist neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur der Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

(Marx an Joseph Weydemeyer, 5. März 1852, MEW 28, S.507/508)

WARUM HALTEN WIR AM ORGANISATIONSBREICH WESTBERLIN FEST?

Schon häufiger wurde uns in Diskussionen und Leserbriefen vorgeworfen, das Selbstverständnis des Westberliner Kommunisten als "Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins" sei doch längst von der Entwicklung seit dem 3. Oktober 1990 überholt, sozusagen ein Anachronismus. Solche Auffassungen halten wir schon deshalb für kurzatmig und falsch, weil die spezifischen Westberliner Verhältnisse nach 40 Jahren nicht so einfach verschwinden, trotz der gravierenden Erfolge, welche die westdeutschen Imperialisten bei ihrer revanchistischen Politik der Einverleibung Westberlins und der DDR erzielt haben. Es gibt nach wie vor eine Fülle von Besonderheiten, die die Lage Westberlins kennzeichnen, z.B. die fortduernde Präsenz der westalliierten Truppen, wobei die westdeutsche Bundeswehr hier noch keine eigenen Verbände stationiert hat.

Diese Realitäten sind bereits ein triftiger Grund, die bisherigen, aus der besonderen Situation Westberlins begründeten Aufgabenstellungen nicht mir nichts, dir nichts beiseite zu legen. Aber das ist noch nicht einmal das hauptsächliche Argument. Aufgrund der ganzen Geschichte der Westberlin-Frage, die eine Geschichte der fortschreitenden unrechtmäßigen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus und seiner Anstrengungen ist, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren, kann es nach unserer Auffassung nicht angehen, auf die Kampfaufgaben gegen diesen großmäig auftrumpfenden westdeutschen Imperialismus prompt nach seinen Vorgaben zu verzichten.

Wenn die Frage der Einverleibung Westberlins bzw. der DDR noch nicht erledigt und der Kampf dagegen weiterhin richtig und notwendig

Fortsetzung auf S.2



"Wenn die Autonomisten sich damit begnügen, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität einzig und allein auf jene Grenzen beschränken wird, in denen die Produktionsbedingungen sie unvermeidlich machen, so könnte man sich verständigen; ... Aber die Antiautoritärer fordern, daß der autoritären politische Staat auf einen Schlag abgeschafft werde, ... Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sei. Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritäre Ding, das es gibt; sie ist ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittelt. Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritären Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen. Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber den Bourgeois nicht dieser Autorität des bewaffneten Volkes bedient hätte? Kann man sie nicht, im Gegenteil, dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?"

(Engels, "Von der Autorität", 1874, MEW 18, S.307/308)



Fortsetzung von S.1:

ist, bedeutet das auch, daß die Vorbereitung auf die proletarische Revolution unter den besonderen Bedingungen Westberlins zunächst noch ihre Gültigkeit hat; ebenso wie wir weiterhin von eigenständigen Aufgaben für die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten in der Ex-DDR im Unterschied zu den Aufgaben in Westdeutschland ausgehen. Es liegt auf der Hand, daß der berechtigte Kampf gegen die Einverleibung absurd geführt würde, wenn wir heute bereits programmatisch von einer gesamtdeutschen Revolution ausgehen würden.

Aus all dem folgt, daß wir für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei Westberlins arbeiten. Dabei ist uns natürlich bewußt, daß es nach Lage der Dinge den westdeutschen Imperialisten aller Voraussicht nach gelingen wird, die DDR und Westberlin endgültig ihrem Machtbereich einzufüllen. Aber solange die Lage noch nicht in diesem Sinne eindeutig geklärt ist, sehen wir die Beibehaltung der drei Arbeitsbereiche Westdeutschland, Westberlin und Ex-DDR als erforderlich an - im Interesse des aktuellen Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus und im Interesse der Vorbereitung seiner Zerschlagung in der proletarischen Revolution.

Der Kampf in den Betrieben und auf der Straße, die Verjagung der Abwiegler aus den eigenen Reihen, ist die einzige Möglichkeit für die Arbeiterklasse, ihre Lage zu verbessern bzw. eine weitere Verschlechterung zu verhindern. Die Erkenntnis, daß es dazu der entschlossenen Aktivität der Arbeiterklasse bedarf, wird sich durchsetzen.

Für die westberliner Werkägten hat sich mit der weit vorangeschrittenen Einverleibung der DDR der Zusammenhang ihrer Kämpfe deutlich geändert. Waren diese vorher mit der Entwicklung der Tageskämpfe in Westdeutschland eng verbunden, so ist unübersehbar, daß diese heute eng mit denen in der Ex-DDR zusammenhängen.

Nicht nur dieser enge Zusammenhang mit den Kämpfen in der Ex-DDR, die ganze Lage und Geschichte Westberlin inmitten der Ex-DDR unterstreichen, daß wirklich machtvolle Kämpfe gegen das westdeutsche Kapital und seinen Staat nicht entwickelt werden können, wenn nicht auf ideologischem Gebiet der Klassenkampf gegen die Generallüge der westdeutschen Bourgeoisie gewonnen wird, daß der Sozialismus schuld sei an der heutigen Lage. Jede Regung des Klassenkampfes mit dem Schreckbild "Sozialismus" schon in den Ansätzen zunächst gemacht werden, um die "Kosten der Einheit" maximal auf die Werkägten nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern auch in Westberlin und in Westdeutschland abzuwälzen.

Gegen die Demagogie vom "Versagen" des Sozialismus

Das, was in den letzten Jahrzehnten in der DDR herrschte, wird als "Sozialismus" ausgegeben - gerade so, als ob die Arbeiterinnen und Arbeiter in der DDR wirklich das Heft in der Hand gehabt hätten, als ob aufgrund einer wirklichen sozialistischen Demokratie in den letzten Jahrzehnten auch nur ein einziger an den Bedürfnissen der Werkägten ausgerichteter Plan für die Wirtschaft verabschiedet worden wäre! Die Wahrheit ist, daß die von der sozialistischen Sowjetunion Stalins zu ihrer Zeit als Besatzungsmacht vollzogenen Maßnahmen zur Neuformierung von Staat und Wirtschaft auf antifaschistischer und demokratischer Grundlage nicht konsequent weiter fortgesetzt wurden, daß die in den jungen DDR vollzogenen Schritte zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht bzw. zu ihrer Weiterführung zur Diktatur des Proletariats und zur sozialistischen Umgestaltung der Ökonomie wie der gesamten Gesellschaft in den Anfängen steckten und von der revisionistischen SED-Führung um Ulbricht in ihr Gegenteil verkehrt wurden.

Die SED revidierte die in der Sowjetunion Lenin und Stalins gesammelten Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, verriet die dort in der Praxis bestätigten Lehren des Marxismus-Leninismus über die Diktatur des Proletariats und über die Fortsetzung des Klassenkampfs durch die Arbeiterklasse an der Macht, die allein auch eine wahrhaft demokratische Gesellschaftsordnung verwirklichen kann.

Die SED-Revisionisten verwandelten die Ökonomie der DDR in eine nach kapitalistischen Mustern und Gesetzmäßigkeiten funktionierende Pseudo-Planwirtschaft, in der nach Gewinn, nach dem Devisenbedarf der Staatsbank - gedeckt vor allem bei westdeutschen Banken - produziert wurde. Es ging danach, was eine Clique von Managern und Bürokraten für opportun hielt, aber ganz gewiß nicht nach den Erfordernissen einer bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung auf der Basis einer modernen funktionierenden Schwerindustrie. Die katastrophalen Umweltverbrechen in Bitterfeld oder Wismut, sind keineswegs Ausdruck des angeblichen kommunistischen Dogmas von der "rückwirkungslosen Ausbeutung der Natur". Es war die auf kapitalistische Gleise geratene DDR-Ökonomie, welche nur das unmittelbare Verwertungsinteresse vor Augen, ohne Rücksicht auf die neben der menschlichen Arbeit wesentliche Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, die Natur, produzierte und sich einen Dreck um die Folgen für die Werkägten scherte, denen nicht nur politisch, sondern auch im direkten Wortsinn die Luft zum Atmen genommen wurde.

Die Revisionisten der SED verwandelten die gesamte Gesellschaft der DDR in einen Pseudo-Sozialismus, in dem die Staatsmacht und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nicht in den Händen der Arbeiterklasse, sondern in denen einer kleinen Clique von Parteibürokraten, Funktionären und Managern lag. In der DDR herrschte eine eigenständige Klasse von Ausbeutern, eine neue Bourgeoisie, die unbeschadet der andersartigen politischen und juristischen Formen gegenüber den kapitalistischen Ausbeuter gesellschaften westlicher Prägung, die Herrschaft über die Mehrheit der Werkägten ausübte und die Entscheidungen über die Verwendung der produktiven Kräfte der Gesellschaft fällte. Faktisch im Besitz der Produktionsmittel war diese Klasse auch in der Lage, sich das gesellschaftliche Mehrprodukt anzueignen und es im Interesse der Erhaltung ihrer eigenen Macht einzusetzen bzw. auf Umwegen oder direkt für den eigenen Luxus zu konsumieren. Die Lösungen des sozialistischen Aufbaus, der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse wurden in leere Sprachhülsen verwandelt, in ein abstoßendes inhaltsloses Propagandageschwafel zur Bemantelung der Diktatur der neuen Bourgeoisie.

Mit Sozialismus hatten die Zustände in der DDR zu Zeiten Honeckers nichts, aber auch rein gar nichts zu tun! Sie sind keinerlei Beweis für die "Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus", sondern allenfalls ein Beleg für die Unterlegenheit der revisionistischen Variante des Kapitalismus.

Gerade mit den Hinterlassenschaften dieser offenbar auf Dauer im internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals nicht überlebensfähigen Abart ihres eigenen Gesellschaftssystems spekulieren die westdeutschen Imperialisten, um sich von ihrer eigenen Verantwortung für die aktuelle Verelendung und Entwurzelung breiter Massen in der ehemaligen DDR reizzuwaschen. Wie verlogen dies alles ist, zeigt sich allein daran, daß jene, die am lauesten die "alten Seilschaften" bejammern und ihrem Wirken alle Probleme zuschieben, sich in Wirklichkeit mit ihnen zusammentun, um stabile Ausbeutungsverhältnisse zu schaffen. Gleich zu gleich gesellt sich gern, und der Kombinatsleiter, mit dem früher lukrative Geschäfte gemacht wurden, wird auch heute unter der Ägide der Treuhand gute Dienste tun.

Bei der Einverleibung der DDR-Wirtschaft bzw. dem was noch von ihr übrig geblieben ist, in die Ökonomie des westdeutschen Imperialismus spielt überhaupt der Staatsapparat als Instrument des Klassenkampfes "von oben" eine große Rolle. Nicht nur, daß er ungeheure Summen quasi als Vorab-Subventionen locker macht, insbesondere über die "Treuhand" ist er ein unmittelbares Instrument der westdeutschen Banken und Konzerne bei der Ausschaltung der vom revisionistischen SED-Regime hinterlassenen Konkurrenzmasse. Tausende von Betrieben mit mehreren Millionen Beschäftigten, praktisch ein ganzes Land wurden so unter "treuhänderische" Verwaltung gestellt; nun wird gesiebt und ausgemustert, die besten Stücke sind bereits an Siemens, Daimler-Benz und Deutsche Bank verscherbelt, der Rest wird meistbietend versteigert. Mit der Übernahme praktisch des gesamten industriellen Potentials der DDR durch den westdeutschen Staatsapparat wurde die dort herrschende Klasse, jene neue Bourgeoisie aus SED-Spitzen, Ministerialbürokraten und Managern, enteignet und als Konkurrenz für das westdeutsche Kapital ausgeschaltet, das nun freie Hand hat. Und nebenbei, der Umstand, daß die westdeutschen Imperialisten rund 6 Milliarden DM aus der EG-Kasse für ihre "fünf neuen Länder" abzweigen könnten, zeigt, wie mächtig sie mittlerweile sind, um sogar international ein Geschäft aus der Eroberung der DDR zu machen.

Auch der Staatsapparat der früheren DDR wurde zu großen Teilen übernommen, gerade bei den Polizeitruppen und anderen Organen der "Exekutive" wird auf die "bewährten Kräfte" gebaut. Die preußisch-deutsche Bütteldisziplin der Hüter der "realsozialistischen Ordnung" ist eben auch im Unterdrückungsapparat des westdeutschen Imperialismus sehr gefragt. Bewahrung der vorgefundnen Klassengesellschaft und ihre Anpassung an die von den westdeutschen Imperialisten gesetzten Bedürfnisse, Unterordnung des erprobten DDR-Unter-



"Das Wesentliche der Lehre von Marx sei der Klassenkampf. Das wird oft gesagt und geschrieben. Doch das ist unrichtig ... Denn die Lehre vom Klassenkampf ist nicht von Marx, sondern vor ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden und ist, allgemein gesprochen, für die Bourgeoisie annehmbar. Wer nur den Klassenkampf erkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt den Marxismus stützen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt."

(Lenin, "Staat und Revolution", 1917, LW 25, S.424)

terdrückungsapparates unter das Kommando des westdeutschen Imperialismus lautet die Devise. Dem steht die demonstrative Abrechnung mit den Größen des unterworfenen revisionistischen Staateswesens und die Auswechselung unzuverlässiger Funktionäre nicht entgegen.

★ Das doppelbödige Manöver mit dem "Erbe der sozialistischen Mißwirtschaft" dient nur dazu, die tatsächliche Alternative, eine sozialistische Gesellschaftsordnung ohne neue Bourgeoisie und ohne Fortsetzung des preußischen Obrigkeitstaats, zu diskreditieren und davon abzulenken, daß es die möglichst profiträchtige Verwertung dieses "Erbes" durch den westdeutschen Imperialismus ist, die heute Massenarbeitslosigkeit und Verelendung hervorbringt.

Nicht nur gegen die Folgen, gegen die Einverleibung selbst kämpfen!

Ihre häßliche Fratze zu verbergen, sich als "Wohltäter" und "Befreier" der Werktätigen in der ehemaligen DDR aufzuspielen, fällt den westdeutschen Imperialisten zusehends schwerer. "Das haben wir nicht gewollt" ist eine durchaus verbreitete Stimmung, nicht nur in der Ex-DDR. Daß so die Rechnung über die "Kosten der Einheit" aufgemacht werden würde, konnte sich kaum einer vorstellen. Diese "Einheit" wieder zum Teufel zu wünschen, sie als unrechtmäßige Einverleibung und Eroberung durch den Staat der westdeutschen Imperialisten zu erkennen und abzulehnen, wäre der logische nächste Schritt.

Der Kampf gegen die Folgen der Einverleibung und der Kampf gegen die Einverleibung selbst sind

Thesen zur Diskussion über die Entwicklung der SED

In den folgenden Thesen unserer westdeutschen Geschwisterorganisation "GEGEN DIE STRÖMUNG" werden einige zentrale Probleme der Geschichte der SED aufgeworfen. Wir stellen sie hiermit zur Diskussion.

In der Zeit zwischen 1945 und 1956 sehen wir bei der Betrachtung der Entwicklung der KPD bzw. später dann der SED folgende Punkte im wesentlichen als positiv an:

★ Im Gegensatz zur Politik in den Westzonen wurden in der SBZ die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in wesentlichen Punkten erfüllt oder zumindest angegangen. Auf ökonomischem und auch politischem Gebiet wurden dabei in der SBZ und der DDR großartige Erfolge erzielt, die noch heute den westdeutschen Imperialisten ein Dorn im Auge sind und die wir unbedingt verteidigen müssen. Die KPD rief im September 1945 zur Enteignung der Junker und Nazi-Kriegsverbrecher auf dem Land auf. Unter Beteiligung von Teilen der Landbevölkerung - durch Schaffung von Kommissionen der werktätigen, ausgebeuteten Landbevölkerung - wurde die Parole "Junkerland in Bauernhand!" bis 1945 weitgehend verwirklicht. Bis 1949 wurden 4483 Güter mit über 2,5 ha Boden enteignet und an die armen, ausgebeuteten Bauern und Landarbeiter übergeben.

Gleichzeitig wurde beschlossen, Industriebetriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern zu enteignen. Durch Volksentscheide wurden die werktätigen Massen an dieser Entscheidung beteiligt. In Sachsen beispielsweise stimmten 70% von 93% der gesamten Bevölkerung für die entschädigungslose Enteignung dieser Betriebe. Es wurden praktisch alle wichtigen Industriezweige der SBZ bzw. der DDR nationalisiert.

Die Entnazifizierung in der SBZ bzw. DDR wurde in vielen Bereichen gründlich durchgeführt. Über 12 000 Nazis wurden von Gerichten verurteilt, 500 000 Personen haben während der Entnazifizierung in der SBZ bzw. der DDR ihre Ämter verloren, 70% aller Lehrer wurden entlassen.

Doch bei der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wurde nicht immer konsequent vorgegangen. Der Kampf gegen die Nazis wurde alzu früh reduziert und später dann praktisch eingestellt. Insbesondere auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes gegen die Nazi-Ideologie und andere reaktionäre Ansichten sind schwere Versäumnisse zu verzeichnen.

★ Durch ihre Arbeit schuf die SED die Möglichkeit, daß sich nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die breiten Massen der Werktätigen in der SBZ/DDR mit dem Marxismus-Leninismus auseinandersetzen, ihn kennlerten und darüber diskutierten. Die Herausgabe der Werke von Marx und Engels, Lenins und Stalins, das Publizieren der Dokumente der internationalen kommunistischen Bewegung und ihre Propagierung ist ein unbestreitbares Verdienst der damaligen SED.

★ Schließlich machte die SED durch ihren Kampf für ein demokratisches, antifaschistisches und friedliches Deutschland Keimformen sozialistischer Demokratie und Ökonomie sichtbar, ließ erahnen, wie eine entfaltete proletarische Demokratie, wie eine blühende, sozialistische

Wirtschaftsordnung aussehen müßten. Das war nicht nur Perspektive für die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der DDR, sondern auch Ansporn für die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands.

All diese Punkte waren allerdings nicht durchgehend positiv, oft war die Politik der SED diesbezüglich widersprüchlich und quer. Vieles wurde außerdem nur durch die tatkräftige Unterstützung der sowjetischen Militäradministration möglich. Doch all dies ändert nichts daran, daß wir diese als im Kern richtige Errungenschaften der SED einschätzen, die wir verteidigen. Ganz anders verhält es sich jedoch mit den folgenden Punkten, die wir für schwere Fehler der SED halten:

■ Angesichts der schwierigen Zustände in der SBZ hinsichtlich des Bewußtseinsstands der Arbeiterklasse und der Werktätigen hat die KPD/SED auf ihre Art kapituliert. Sie gab sich der Lebenslüge hin, daß bereits die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite stünde, ihren Kurs unterstützte. Doch um an die reaktionär verhetzten Massen heranzukommen, wählte sie den falschen Weg. Die Versuche der SED, an die breiten Massen heranzukommen, waren immer mehr verbunden mit faulen Zugeständnissen an die tief sitzende nationalistische Ideologie und an ein Verniedlichen oder gar Bestreiten der Mitverantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen des Nazifaschismus. Dabei ist es letztlich einerlei, ob das bei den führenden Kadern der SED aus Überzeugung, aus falsch verstandener "Taktik" oder beidem erfolgte.

■ "Folgerichtig" war es daher auch, wenn der anfänglich sehr konsequent begonnene Kampf gegen die Nazis im Rahmen der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zunehmend aufgeweicht wurde. Schon im März 1948 stellten - viel zu früh - bereits die Entnazifizierungsausschüsse ihre Arbeit ein. Alte aktive Nazis wurden sogar wieder rehabilitiert und für den Kampf für ein "einheitliches, demokratisches Deutschland" umworben. Die Idee der notwendigen und berechtigten Diktatur über die Nazis wurde aufgegeben, in der Konsequenz mußte auch das Konzept der Diktatur des Proletariats verwässert werden.

■ Daher war es auch unmöglich, daß sich in der DDR eine breite sozialistische Demokratie entfalten konnte, denn wirklich demokratische Verhältnisse für die breite Masse der Arbeiterklasse und der Werktätigen ist nur möglich auf der Grundlage der Diktatur über die alten Ausbeuter und Unterdrücker. Die positiven Ansätze, die es anfangs gab, verkamen zur Karikatur und später dann zur Hülle für die neuen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse durch die neue Bourgeoisie. Daß dieser Prozeß nicht gestoppt werden konnte, daß die positiven Ansätze nicht ausgebaut werden konnten hängt unmittelbar mit dem Fehlen einer Atmosphäre von Kritik und Selbstkritik, sowohl in der Partei, als auch unter den Volksmassen zusammen. Dafür trägt die SED die Verantwortung.

direkt miteinander verbunden. Je energischer und härter die kommenden Streiks und Auseinandersetzungen werden, insbesondere auch, wenn diese mit dem vom westdeutschen Imperialismus kontrollierten Staatsapparat in Konfrontation geraten, umso deutlicher wird sich auch dieser Zusammenhang offenbaren. Und es ist keineswegs so, daß die westdeutschen Imperialisten es bereits heute ge-

schaft haben, die Eingliederung der DDR in ihr Staatsgebiet auf sichere Fundamente zu stellen. Nicht zuletzt ist ein wesentlicher Faktor der Unsicherheit, daß die werktätigen Massen dort erst beginnen, unter den neuen Verhältnissen der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus ihre Erfahrungen und Kampferfahrungen zu machen.

Oppositionelle 1.Mai-Demonstration 1992 - keine antikommunistischen Provokationen dulden!

Auf der oppositionellen Demonstration am 1. Mai des vergangenen Jahres in Kreuzberg gingen Teile der "autonomen" Szene mit Knüppeln gegen Anhänger der RIM ("Revolutionäre Internationale Bewegung") vor, weil diese ein Transparent führten, auf dem auch ein Bild Stalins zu sehen war. Dieses Vorgehen ist als antikommunistische Provokation zu werten und hat mit Antifaschismus und Antimperialismus nicht das geringste zu tun. Und der Einsatz jener knüppelschwingenden Zensorränge war gezielt vorbereitet und fand anschließend Rechtfertigung und Beifall in den einschlägigen Organen.

In Zuge der verstärkten antikommunistischen Hetze ist es offenbar auch unter sich selbst als revolutionär versteckenden Kräften populär geworden, die eigenen antikommunistischen Ressentiments zu pflegen und, wie in diesem Fall, sogar die Porträts führender Persönlichkeiten der kommunistischen Weltbewegung gewaltsam dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen. Nun, kommunistische Inhalte haben in der Linie der RIM eher Symbolwert und wir teilen ihre Auffassungen - gerade auch zu den politischen und ideologischen Positionen Stalins, die sie weniger als halbherzig verteidigen - keineswegs, ebensowenig wie ihr marktschreierisches Auftreten unsere Sympathie findet, doch die schlagende Kritik der antikommunistischen Militanten wollte gerade jenes besonders mißliebige Symbol kommunistischer Theorie und Politik treffen, das die Anhänger dieser Organisation mehr im wörtlichen als im übertragenen Sinn noch hochhalten.

Der Name Stalins ist vor allem mit jenem Zeitalter in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung verbunden, als die Proletarier aller Länder im Unterschied zu heute noch ein Vaterland hatten, die damals sozialistische Sowjetunion, das Land, in dem die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer kommunistischen Partei im Oktober 1917 erstmals die Macht erkämpft hatte. Diese Partei war von Lenin aufgebaut worden und Stalin war nach seinem Tod maßgeblich dafür verantwortlich, daß sie in Theorie und Praxis weiter auf den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus arbeitete, die Diktatur des Proletariats festigte und

die Völker der Sowjetunion beim Aufbau einer von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft führte. Völlig im Einklang mit den Schlußfolgerungen von Marx und Engels aus den Erfahrungen der Pariser Kommune und mit den theoretischen Leitsätzen Lenins über die Aufgaben der Arbeiterklasse an der Macht zeigte Stalin auf, daß sich der Sozialismus nur im verschärften Klassenkampf gegen die Kräfte der alten Gesellschaft behaupten kann und daher die konsequente Unterdrückung der gestürzten Ausbeuter, von Konterrevolutionären und Saboteuren unbedingt notwendig ist.

Wir halten sehr viel davon, auch die Fehler zu analysieren, die im Kampf um die Realisierung dieser gigantischen geschichtlichen Umwälzung begangen wurden - dies ist vor allem auch deshalb wichtig, um zu verstehen, auf welche Weise es den modernen Revisionisten um Chruschtschow und Breschnew gelingen konnte, den Sozialismus in der Sowjetunion zu liquidieren -, aber wir halten es für platten Antikommunismus, jede vermeintliche oder wirkliche Ungerechtigkeit Stalins in Schuhe schieben zu wollen, der immer wieder gegen schädliche Überreibungen und bürokratische Willkür aufgetreten ist; und dies selbst zu einer Zeit, als sich die sozialistische Sowjetunion unter Anspannung aller Kräfte auf den drohenden Überfall durch den faschistischen deutschen Imperialismus vorbereiten mußte. Bekanntlich leisteten die Rote Armee und die Völker der Sowjetunion den wichtigsten und opferreichsten Beitrag bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus, eine Leistung die unfehlbar mit dem Namen Stalins verbunden ist. An diesem Sachverhalt wird die politische Instinktlosigkeit der autonomen Bildnerstürmer besonders deutlich.

Wir sind weit davon entfernt, einem Liberalismus das Wort zu reden, nach dem auf einer Demonstration "im Interesse der Einheit" jeder mit sich herumträgt und tun und lassen kann, was er will. Konterrevolutionäre Propaganda muß bekämpft werden. Genauso notwendig ist, antikommunistische Provokationen, wie jener am vergangenen 1. Mai, entgegenzutreten. Es ist das Recht und die Pflicht der Antifaschisten und Revolutionäre, sich gegen ein solches Vorgehen aktiv und überlegt zur Wehr zu setzen - ohne dabei einen Augenblick die Polizei unbeobachtet zu lassen.

NIEDER MIT DEM ANTIKOMMUNISMUS!

Die Einverleibung der DDR ist nicht nur Unrecht, weil sie vor allem auf Kosten der dort lebenden Werktäglichen vor sich geht und für sie Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelung bedeutet, sondern auch, weil sie einen wesentlichen Machtzuwachs für den "eigenen", den westdeutschen Imperialismus mit sich bringt, weil sie ein wichtiger Schritt zu seinen Zielen ist, die Völker Europas und der Welt seinen Banken und Konzernen, seiner Macht zu unterwerfen, weil sie die gerechten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, der mit der Niederschlagung des deutschen Faschismus geendet

hat, revidiert, ohne daß es irgendwelche Garantien dafür gibt, daß seine Nachfolger, die westdeutschen Imperialisten, nicht einen neuerlichen Anlauf zur Verwirklichung der Ziele Hitlers nehmen können, ohne daß es überhaupt einen Friedensvertrag mit den vom Hitlerfaschismus überschlagenen Ländern und Völkern gibt. Dieses Ziel hat das deutsche Finanzkapital in diesem Jahrhundert bereits zweimal mit kriegerischen Mitteln verfolgt und es verfolgt dieses weiter, heute - noch - mit "friedlichen" Mitteln.

- * Gerade weil sie eine ungeheure Stärkung des "eigenen" Imperialismus bedeutet, sagen wir, der Kampf gegen die unrechtmäßige Einverleibung der DDR ist noch nicht zu Ende! Es ist zehnmal richtig und mehr als berechtigt, denen, die sich heute in die Pose der nachträglichen Sieger des Krieges werfen, die siegessicher so tun, als sei alles schon gelaufen, einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Solidarität!

In den aktuellen und bevorstehenden Tageskämpfen gegen Betriebsschließungen, Entlassungen, gegen die ganze "Roll-Back-Strategie" der westdeutschen Imperialisten ist die gegenseitige Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland, in Westberlin und in der ehemaligen DDR ein unerlässlicher Faktor des Klassenkampfs. Diese Solidarität setzt von seiten der westberliner wie auch der westdeutschen Arbeiterklasse ein Bewußtsein darüber voraus, daß der westdeutsche Imperialismus sich die DDR unrechtmäßig einverleibt und sie auch ganz im Stile eines Eroberers wie ein Beutestück behandelt.

Es liegt auf der Hand, daß es die Kapitalisten sind, die dicke Profite mit dem "DDR-Geschäft"



"Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerstören und beseitete zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde."

Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schlängt sich um unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, um so größer wird die Wut der Überreste der zerstörten Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen die Sowjetmacht begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifelten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter."

(Stalin, "Über die Mängel der Parteiarbeit", 1937, SW 14, S.136)

einfahren, während für die Werktäglichen Arbeitshetze, Lohnraub und Mietreiberei herausspringen. Die eigenen Kämpfe entwickeln, eine Kampfrichtlinie zwischen deutschen und ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in der Ex-DDR, das ist das einzige Mittel gegen den Raubzug des Kapitals.

Die westberliner fortschrittlichen Gewerkschafter, Revolutionäre, Marxisten-Leninisten müssen gegen jegliche Mentalität der Bevormundung oder gar der Einverleibung der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen und der revolutionären am Kommunismus orientierten Kräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR angehen. Sie müssen gegen die herrschende Gleichgültigkeit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen in Westberlin ankämpfen und durch solidarische Unterstützung dazu beitragen, daß die Werktäglichen in der Ex-DDR Mittel und Wege finden, gegen die herrschende Resignation ihren Widerstand zu verstärken.

Bei alledem muß klar sein und langfristig darauf orientiert werden, daß nur eine revolutionäre Perspektive, nur der Sturz des kapitalistischen Systems und der Kampf um wirklich sozialistische Verhältnisse einen Ausweg aus der heutigen Situation, aus der gesetzmäßigen Verschlechterung der Lebenslage, aus der Gefahr neuerlicher imperialistischer Kriege bietet.

**TOD DEM WESTDEUTSCHEN
IMPERIALISMUS!
PROLETARIER ALLER LÄNDER,
VEREINIGTEUCH!**

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

- Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in verschiedenen Sprachen
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- Veröffentlichungen von WESTBERLINER KOMMUNIST, GEGEN DIE STRÖMUNG und ROTE FAHNE
- Antiimperialistische, antifaschistische Veröffentlichungen aus einigen Ländern

Öffnungszeit: Mittwoch 16.30 - 18.30
Brunhildstr.5, 1000 Westberlin 62
(Nähe U-Bhf. Kleistpark)